

LEITARTIKEL

AfD-Verbotsdebatte seriös führen

Eine juristische Auseinandersetzung muss gründlich vorbereitet werden, sonst droht ein Desaster

Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie, daran lässt die in weiten Teilen rechtsextreme Partei keinen Zweifel. Doch obwohl das seit Jahren immer klarer wurde, haben die demokratischen Parteien bis heute nicht den richtigen Umgang mit der AfD gefunden. Am Mittwoch nahm die CDU/CSU-Fraktion sehenden Auges und trotz vielfältiger Warnungen eine Mehrheit mit der AfD in Kauf – ein Tabubruch, der als Zäsur in die politische Geschichtsschreibung der Bundesrepublik eingehen dürfte.

Einen Tag später, am Donnerstag, debattierte der Bundestag nun über einen Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren. Dabei war vor der Debatte klar, dass es für dieses Vorhaben derzeit keine parlamentarische Mehrheit gibt, weshalb auch nicht über den Antrag abgestimmt werden sollte.

Dieses zumindest vorläufige Scheitern der Bestrebungen für ein AfD-Verbot war absehbar, Kritiker aus mehreren Parteien und Rechts-

rechtliche Unsicherheit. Und ein gescheitertes Verbotsverfahren könnte für den politischen Umgang mit der AfD zum Desaster werden. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte, eine Nichtregierungsorganisation, will ein solches Gutachten nun gemeinsam mit anderen Organisationen erstellen. Ergebnisoffen, transparent und juristisch sauber. Das ist der richtige Schritt.

Neben der Frage, ob man die AfD verbieten kann, stellt sich die Frage, ob man es sollte. Die Partei erreicht mittlerweile in vielen Umfragen bundesweit mehr als 20 Prozent, in Ostdeutschland ist sie stärkste politische Kraft. Die vielen Wählerinnen und Wähler der Partei verlören durch ein Verbot auf einen Schlag ihre Repräsentation in den Parlamenten. Kritiker der Verbotsbestrebungen meinen deshalb, man könne eine so erfolgreiche Partei nicht verbieten, man müsse sie politisch stellen und die Wählerinnen und Wähler von der AfD zurückgewinnen.

Dass die AfD – auch – politisch gestellt werden muss und dass die demokratischen Parteien dabei bislang kollektiv versagen, ist richtig. Doch es geht nicht um ein Entweder-oder und die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich aus gutem Grund für das Parteiverbot als Ultima Ratio zum Schutz unserer Demokratie entschieden.

Für das Bundesverfassungsgericht spielt die Größe einer Partei nur dann eine Rolle, wenn sie – so wie die NPD – zu klein und unbedeutend ist, um der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gefährlich zu werden. Zu groß, um verboten zu werden, kann eine Partei aus juristischer Sicht nicht sein. Vielmehr gilt: Je größer und einflussreicher eine verfassungswidrige Partei ist, desto gefährlicher ist sie für den Fortbestand der demokratischen Ordnung. Sollte also zweifellos klar werden, dass die AfD nach den Maßstäben des Grundgesetzes verfassungswidrig ist, müssen Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beim Verfassungsgericht ihr Verbot beantragen. Tun sie es nicht, verliert unsere Demokratie ihre Wehrhaftigkeit.

Aus juristischer Sicht kann eine Partei nicht zu groß sein, um verboten zu werden

wissenschaftler hatten davor gewarnt. Die Debatte im Bundestag funktioniert zumindest als Zeichen an die vielen Menschen in Deutschland, die Angst vorm Erstarken der AfD haben: Wir hören euch, und wir teilen eure Sorge. Doch es hätte bessere Wege gegeben, sich einem möglichen Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu nähern.

Der beste wäre gewesen, zuerst ein umfangreiches Gutachten erstellen zu lassen, das den hohen Anforderungen des Gerichts genügt und Klarheit über die Frage herstellt, ob ein Verbotsverfahren Aussicht auf Erfolg hätte. Die Initiatorinnen und Initiatoren des Verbotsantrags halten die Lage auch ohne ein solches Gutachten für klar genug. Doch es bleibt einige

KOMMENTAR

Aus Fehlern in Afghanistan lernen

Untersuchungsausschuss zum Abzug beendet Arbeit

Die Bilder vom Flughafen Kabul gingen um die Welt: Tausende Afghanen wollten fliehen, Menschen stürzten aus startenden Maschinen in den Tod. Mit Kalaschnikows und Sprengfallen war es den Taliban gelungen, ein mächtiges westliches Militärbündnis zu verjagen. Knapp ein Jahr später setzte der Bundestag im Sommer 2022 gleich zwei Gremien ein, die Lehren aus dem Debakel ziehen sollten: eine Enquete-Kommission und einen Untersuchungsausschuss.

Die Zeche für das Versagen des Westens bezahlen vor allem die Afghaninnen

Inzwischen sind die grauenhaften Bilder im kollektiven Gedächtnis verblasst, Afghanistan ist in Vergessenheit geraten. Andere Krisen haben die am Hindukusch verdrängt, allen voran der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Kommission und der Ausschuss

sind vor zweieinhalb Jahren unter großem Interesse gestartet, das Ende ihrer Arbeit findet nun kaum noch Beachtung. Das ist ein Fehler. Schließlich haben beide Gremien nicht nur versucht, das Scheitern aufzuarbeiten. Sie haben daraus auch wertvolle Konsequenzen für künftige Einsätze abgeleitet.

Zum Beispiel fordern sie ein ressortübergreifendes Lagebild, um Krisen frühzeitig zu erkennen. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, zeigt aber, warum die Bundesregierung von der Machtübernahme der Taliban kalt erwischt wurde: Sie hat ein solches umfassendes Lagebild schlicht nicht gehabt.

Die Zeche für das Versagen des Westens in Afghanistan bezahlen nicht wir, sondern die Afghanen und ganz besonders die Afghaninnen. Für sie kommt die Fehleranalyse zu spät. Für uns gilt das nicht. Auch wenn das Thema derzeit keine Konjunktur hat, sollte sich die künftige Bundesregierung die Empfehlungen aus dem Bundestag zu Herzen nehmen – damit Deutschland nie wieder so scheitert wie in Afghanistan.

FELIX HUESMANN
ksta-politik@kstamedien.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Große Sehnsucht nach Geschlossenheit

Kurz vor der Bundestagswahl zeigen sich die Deutschen enttäuscht, ratlos und besorgt – Kein Kandidat erfüllt das Wunschprofil des fürsorglichen Machers

Von einer Aufbruchstimmung ist kurz vor der Bundestagswahl nichts zu spüren. Stattdessen dominieren in der Gesellschaft Ratlosigkeit und Enttäuschung. Der Berg an Sorgen und angestauten Problemen ist riesig.

Das ist ein zentrales Ergebnis der tiefenpsychologischen Wahlstudie, die wir im „rheingold“-Institut nun schon seit mehr als 20 Jahren regelmäßig vor Bundestagswahlen durchführen. Anders die demoskopischen Institute, die jetzt vor der Wahl fast täglich neue Umfrage-Ergebnisse liefern, geht unsere Studie qualitativ vor: Wir haben 50 Wählerinnen und Wähler zwischen 20 und 65 zu mehrstündigen Gruppendiskussionen eingeladen: Männer und Frauen, Städte und Menschen vom Land, mit Parteipräferenzen, deren Verteilung sich an den aktuellen Umfragen orientierte.

Ziel der Untersuchung ist es, die tieferliegenden Stimmungen in der Bevölkerung aufzuspüren und die oft unbewussten Beweggründe für die Wahlentscheidung ans Licht zu bringen. Die Studie ist zwar statis-

Beherrschend ist ein Gefühl der Ausweglosigkeit auf mehreren Ebenen

tisch nicht repräsentativ, dafür repräsentieren ihre Befunde die oft nicht thematisierten Wahrnehmungsmuster der Wählenden, ihre Ängste und Sehnsüchte.

Zurzeit überschatten die Folgen der Migration alle anderen Themen. Die jüngsten Attentate unterhöhlen das Sicherheitsempfinden der Menschen. Daneben schürt die Inflation mit ihrer Schwächung der Kaufkraft Verlustängste. Gleichzeitig erschwert die desolate Infrastruktur den Alltag der Menschen.

Der in den vergangenen Jahren, insbesondere seit der Corona-Pandemie praktizierte Rückzug ins Private funktioniert daher nicht mehr als Beruhigungsstrategie. Zudem erleben die Menschen das einst so erfolgreiche Vorzeigeland Deutschland als marode. Der Wirtschaftsmotor stockt, und auch die Verteidigungsfähigkeit des Landes ist nicht gegeben. Viele Bürger quer durch alle Parteien fragen sich enttäuscht und traurig: „Was ist mit unserem schönen Land passiert?“

Der Blick auf die Politik stellt keine Rettung in Aussicht. Beherrschend ist vielmehr ein Gefühl der Ausweglosigkeit auf mehreren Ebenen. Es fehlen den Menschen erstens die großen Ideen und Visionen, wie der Problemstau aufgelöst werden kann. Zweitens erfüllen die Spitzenkandidaten der Parteien für die Bundestagswahl nicht das Wunschprofil des fürsorglichen, durchsetzungs-

STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne befasst er sich aus psychologischer Sicht mit gesellschaftlich relevanten Themen

starken Krisenmanagers. Und schließlich erkennen die Wählerinnen und Wähler nach der ernüchternden Erfahrung mit der Ampel-Regierung auch keine überzeugenden Koalitionsoptionen.

Angesichts der riesigen Probleme und Bedrohungen, die die Wähler in den Vorjahren verspürten, gab es eine große Sehnsucht nach einer richtunggebenden Geschlossenheit. Diese Sehnsucht haben die Lenker der Ampel bitter enttäuscht. Statt einer verlässlichen, „väterlichen“ Schutzmacht erlebten die Wähler die Koalition als unentwegten Bruderzwist. Sie hatten das Gefühl, dass die Ampel hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und weniger auf das Land und die Leute bezogen war. „Das Land ist verwaist, und wir wurden alleine gelassen“, so äußerte sich ein Proband. Viele Wähler macht es daher fassungslos, dass trotzdem alle drei Spitzenpolitiker der Ampelparteien erneut antreten.

Als Wunschkanzler suchen die Wählerinnen und Wähler den besagten bodenständigen, durchsetzungstarken Macher mit Blick für deutsche Interessen. Diesem Ideal entspricht jedoch keiner der Kandidaten. Olaf Scholz (SPD) gilt als führender- und kommunikationsschwacher Zauderer. Für viele ist er zur Projektionsfläche für alles geworden, was schiefläuft. Dem Unionskandidaten Friedrich Merz (CDU) trauen zwar viele zu, dass er der Regierungsaufgabe gewachsen wäre und Deutschland repräsentieren

Mitunter machten die Befragten den Eindruck, als lebten sie in unterschiedlichen Wirklichkeiten

könnte. Er wird aber in Teilen auch als kapitalnah, arrogant und impulsiv wahrgenommen, und man weiß nicht, wohin er steuern wird. Sein Bild changiert zwischen Blackrock und Blackbox.

Robert Habeck (Grüne) verströmt zwar Wärme, gilt als integer und vermittelnd, wird aber nicht als durchsetzungsstark empfunden. Vor allem das Heizungsgesetz weckt Bedenken an seiner Kompetenz. Mit Alice Weidel (AfD) werden eher stiefmütterliche Qualitäten verbun-

den. Ihr Bild schwankt zwischen unterkühlter Eiskönigin und unerbittlicher Scharfrichterin.

Das Gefühl, hierzulande in einem riesigen Problemstau festzustecken, während Donald Trump in den USA anscheinend radikal durchregiert, verschiebt die Erwartungen in eine konservative, mitunter radikale Richtung – und verstärkt die Spaltungstendenzen in der Gesellschaft. Mitunter machten die Befragten den Eindruck, als lebten sie in komplett unterschiedlichen Wirklichkeiten.

Das eher links-bürgerliche Lager befürchtet den Untergang des Abendlands, wenn die AfD an die Macht kommen sollte. Dieses Lager beschwört die Normalität, kämpft für den Erhalt des Status quo – mitunter idealisiert es die Zustände. Es ringt um Demokratie, sieht sich als Bollwerk des Guten und hofft, dass sich durch seinen demokratischen Einsatz der Problemstau letztlich in Wohlgefallen auflösen werde.

Das andere, eher konservative Lager bis hin zu den AfD-Sympathisanten hat das Gefühl, dass Deutschland sich bereits mitten im Untergang be-

Der Machtspiele müde, fordern die Menschen jetzt Pragmatismus

findet. Dieses Lager zeigt sich wütend und wetternd, fordert radikales Durchgreifen und eine entschiedene Wende zurück zu alter Stärke.

Die gefühlte Ausweglosigkeit in einer festgefahrenen Situation verstärkt jedoch nicht nur bei begeisterten Anhängern der AfD eine latente Sehnsucht, den gefühlten Problemstau entschieden, ja radikal aufzulösen. Angesichts der riesigen Probleme erscheinen Stillstand und ein bloßes „Weiter so“ als zunehmend bedrohlich. Diese Gefühle bedient die AfD mit der Verheißung, das System zu „sprengen“.

Von der künftigen Regierung wird zumindest sachorientierte, umsetzungsstarke Zusammenarbeit trotz mutmaßlicher inhaltlicher Differenzen erwartet. Der parteipolitisch getriebenen Taktik und Machtspiele müde, fordern die Menschen jetzt Pragmatismus, um den Problemstau zu lösen. Der verspürte Ernst der Lage soll klar benannt und mit konkreten Handlungsaufforderungen für alle verbunden werden.

Die Brandmauer zur AfD bleibt in dieser Lage richtig und wichtig, doch sie erfüllt ihren Zweck nur, wenn die demokratischen Parteien jetzt liefern. Sollte es in der nächsten Regierung erneut so dicke Luft geben wie in der Zeit der Ampel, würde dies zur Erstickung der Demokratie führen.

Mehr zur Wahlstudie finden Sie unter: www.rheingold.de

PRESSESCHAU

Friedrich Merz bricht mit Angela Merkel und gibt der AfD faktisch recht



ZÜRICH Niemand verdächtigt Merz, nach der Wahl mit der AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel koalieren zu wollen. (...) Deswegen ist es umso unverständlicher, dass er der AfD nun ohne Not im Parlament die Hand reicht. (...) Radikale Aussagen – Grenzen zu, Ausländer raus – sind bei vielen Menschen beliebt, auch in Deutschland. Von einer staatstragenden Partei wie den Christdemokraten darf man aber bessere Vorschläge erwarten als den rechts- und menschenverachtenden Populismus der AfD. Merz hingegen gibt mit der Zusammenarbeit im Bundestag Weidel nun bei ihrem wichtigsten Wahlversprechen faktisch recht: „Eine echte Asylwende gibt es nur mit der AfD.“ War das wirklich, was er wollte?“



ROM Die von Konrad Adenauer gegründete Partei akzeptierte die Stimmen der Rechtsextremen von Alice Weidel, um im Bundestag einen Antrag zur Einwanderung durchzusetzen, der offen gegen die europäischen Regeln verstößt. Mit diesem Schritt bricht der wahrscheinlich künftige Bundeskanzler ein Tabu, das bislang in Deutschland galt – aus offensichtlichen historischen Gründen. Und er löscht das gesündeste Erbe aus der langen Ära von Angela Merkel aus, Merz' großer Rivalin, die sich stets an den Imperativ „Niemals mit der AfD“ gehalten hatte.



WIEN Merz geht mit seinem Konzept ein Risiko ein. Indem er zwei Anträge und eine Gesetzesänderung noch vor der Wahl im Bundestag einbringt, zementiert er seine Position. SPD und Grüne werfen ihm vor, sowohl deutsches als auch europäisches Recht zu ignorieren. Das macht jenen Weg für alle drei länger, den sie wohl nach der Wahl zum Verhandlungstisch zurücklegen müssen. Denn Merz schließt aus, mit der AfD zu regieren. Und für eine Mehrheit mit der FDP dürfte es kaum reichen. Das heißt auch: Die Chance ist groß, dass Merz eine Lösung vorschlägt, die er gar nicht umsetzen kann. Und für die deutsche Bevölkerung würde sich wenig ändern. Außer Merz macht es wie die Österreicher und reißt die Brandmauer nach Rechtsaußen doch noch ein. Dann hätte Europa seine politische Mitte verloren.



KÖLN
STADT-ANZEIGER
MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLN
STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f.
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Seich.
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmler.
Stellvertretende Chefredakteurin: Dr. Sarah Brasack.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Kendra Stenzel (Digitales), Gerhard Voigt (Digitalpolitik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel.
Köln: Tim Attenberger, Hendrik Geisler; NRW/Story: Maria Dohmen; Wirtschafts: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne Burgmer; Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Dittlef Schmalenberg.
Chefvom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer;
Zeitungsproduktion: Julian Preuten.
Alle verantwortlich und haftend in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käfer.
Nachrichtengagenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmler.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2025 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de